



Pressemitteilung

Bürgerinitiative Grüne Westendallee e.V.

Senator Gaebler Bauklügel

Die Anwohner der Westendallee erleben zurzeit, was es bedeutet, sich Senator Gaebler entgegenzustellen, der unter dem Feigenblatt der Wohnraumschaffung miserable Bauprojekte in Gutsherrenart vorantreibt.

Eine Tochter der landeseigenen GEWOBAG (OIB GEWOBAG Projektentwicklung Westendallee GmbH & Co. KG) versucht, auf dem Gartengrundstück hinter der denkmalgeschützten Wohnanlage Westendallee 77-91 neue Wohnhäuser für studentisches Wohnen zu errichten. Allerdings werden pikante Details wie der geltende Denkmalschutz für die Gesamtanlage (inklusive des Gartengrundstücks), die Lage hinter der Bebauungstiefe und die nicht geklärte Erschließung durch die vorhandene Wohnanlage hindurch komplett ignoriert.

Bauantrag wird gegen Widerstand des Bezirks durchgedrückt

Für die Bebauung des Gartengrundstücks wurde zum Ende des Jahres 2024 mit Erteilung der Baugenehmigung gerechnet, denn Senator Gaebler hat gegen alle Widerstände die letzten Hürden aus dem Weg geräumt: Obwohl sich die Experten des Landesdenkmalamts explizit gegen die Bebauung ausgesprochen haben, erteilte der Senator wohl Weisung die Bebauung durchzusetzen. Erneut wurden politische Entscheidungen gegen Expertenmeinung und geltende Rechtslage getroffen.

Die Anwohner der Westendallee haben von allen Seiten aus der Bezirks- und Landespolitik Unterstützung erfahren. Die BVV Charlottenburg-Wilmersdorf hat sich sogar explizit gegen die Bebauung ausgesprochen. Allein Senator Gaebler treibt das Vorhaben mit großem Druck entgegen aller Widerstände voran. Mittlerweile ließ Senator Gaebler sogar das Berliner Baurecht umschreiben ("Schneller Bauen Gesetz"), um den Bezirken, Denkmalamt, Umweltamt die letzten Eingriffsmöglichkeiten zu nehmen. Statt sich auf seine stadtplanerischen Aufgaben zu fokussieren, scheint Herr Senator Gaebler die Trennung zwischen Legislative und Exekutive in Berlin auflösen zu wollen und sich seine eigenen Spielregeln zu kreieren.



Kündigung von Mietergärten durch GEWOBAG-Tochter

Umgesetzt wird der Wunsch von Herrn Senator Gaebler zur Nachverdichtung in Westend durch eine GEWOBAG-Tochter: Das Gebaren der OIB GEWOBAG ist allerdings einer landeseigenen Gesellschaft nicht angemessen. Die Nachbarn wurden nach wie vor nicht über die Bebauung informiert - trotz mehrfach versuchter, direkter Kontaktaufnahme.

Stattdessen beginnt die OIB GEWOBAG jetzt Mietern mit Gartenparzellen in ihren Mietverträgen, die sich auf der Baufläche befinden, zu kündigen. Vertreter der landeseigenen GEWOBAG haben hierzu 2016 vor der BV Charlottenburg-Wilmersdorf scheinbar Falschaussagen getroffen, als sie erklärten, dass mit den Mietern bereits alles geregelt sei.

In den Kündigungsschreiben an die Mieter benennt die OIB GEWOBAG Ende März 2025 als Baubeginn, obwohl sie wissen sollten, dass bis in den Herbst 2025 zunächst noch das Artenschutzgutachten durchgeführt werden muss.

GEWOBAG als Feigenblatt für privaten Projektentwickler

Bei dem gesamten Vorhaben scheint die landeseigene GEWOBAG zudem nur als Feigenblatt zu fungieren. Die Federführung liegt beim privaten Projektentwickler OIB (<https://www.oib-projekte.de/>) von Herrn Klaus Off. Bis vor kurzem firmierte das Vorhaben noch unter der BBH Immobilien (<https://www.bbh-immo.de/de/>), einer Tochter der Großkanzlei Becker Büttner Held, bei der Herr Off ebenfalls Geschäftsführer ist. Weshalb die Bezeichnung "BBH" im Namen der Projektgesellschaft durch "OIB" ersetzt wurde, ist uns nicht bekannt; lässt aber vermuten, dass die BBH nicht länger mit dem Vorhaben assoziiert werden möchte. Juristisch vertreten lässt Herr Off sich weiter durch die BBH, insbesondere durch den zweiten Geschäftsführer der BBH Immobilien, BBH-Partner und Rechtsanwalt Herr Wolfram von Blumenthal. Die Kanzlei BBH unterhält in Berlin beste Beziehungen zur SPD. Insbesondere ist die BBH-Partnerin Prof. Dr. Ines Zenke, Präsidentin des SPD-Wirtschaftsforums.

Unsere Forderung: "Nachverdichtung" in der Westendallee verhindern und Senator Gaebler absetzen

Durch die dichte Bebauung in der denkmalgeschützten Gesamtanlage wird eine grüne Oase und Luftschneise zwischen dem Ruhlebener Industriegebiet und dem Grunewald vernichtet und zugleich eine zusätzliche Fläche von mehr als 8000 Quadratmetern versiegelt. Dies läuft jeglicher Klimaschutzplanung entgegen. Diese Bebauung muss dringend verhindert werden.



Die Bürgerinitiative Grüne Westendallee fordert die sofortige Absetzung von Senator Gaebler, der seinem Auftrag als Stadtentwicklungssenator in keinsten Weise gerecht wird. Wer die anerkannten Denkmal- und Umweltbehörden Berlins auf diese Weise entmachtet und umgeht, hat in Berliner Politik nichts zu suchen.

Berlin, den 23.01.2025